

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 31. Oktober 2008

**Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

**Gesundheitsversorgung von statuslosen Menschen in Frankfurt**

**Der Magistrat wird beauftragt folgende Fragen zu beantworten:**

1. Steht das Sprechstundenangebot des Gesundheitsamtes allen Personengruppen zur Verfügung, die als „illegal“ eingestuft werden?
2. Wie sehen die Absprachen des Gesundheitsamtes mit den Kliniken im Detail aus?
3. Werden die Absprachen seitens der Kliniken und des Amtes eingehalten? Gab es Schwierigkeiten und Beschwerden?
4. Wird die Anonymität der betroffenen Personen gewahrt, damit sie dieses Angebot nutzen können? Gab es Fälle, wo die Zusage der Anonymität nicht eingehalten und statuslose Menschen an die Ausländerbehörde gemeldet wurden?
5. Gab es von Seiten der Ämter Repressionen gegenüber behandelnden Ärzten bzw. betroffenen Personen? An wen können sich Personen in solch einem Fall wenden?
6. Werden bei der Versorgung von schwangeren Frauen für Entbindungen Kostenanteile erhoben? Wenn ja in welcher Höhe und was passiert, falls Frauen diesen Betrag nicht aufbringen können?
7. Wird die medizinische Sprechstunde nur vom Gesundheitsamt angeboten oder gibt es auch andere Träger, die ähnliche Angebote haben?

8. Falls andere Träger ähnliche Angebote haben, wurde bisher eine Koordination oder Kooperation angestrebt?
9. Mit welchen Migrantenvereinen und Flüchtlingsdiensten steht das Gesundheitsamt in Kooperation?

**Begründung:**

Im Bericht zu den Aktivitäten für Statuslose (B 310/2008) ging der Magistrat auf die Gesundheitsversorgung ein. Beim Lesen des Berichts entsteht der Eindruck, dass vieles in diesem Bereich gemacht worden sei. Allerdings lässt der Bericht mit seiner sehr allgemein gehaltenen Form keine detaillierten Rückschlüsse über die konkrete Arbeit in diesem Bereich zu.

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

Anfragestellerin / Fragesteller:

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Hans-Joachim Viehl